

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 95 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Egon Bahr MdB zum revolutionären Abrüstungsprogramm des Bundesverteidigungsministers: Vor einem Wettlauf der Abrüstung?

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zur jüngsten Entwicklung in der DDR: Unmißverständliche Offenbarungen.

Seite 3

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann MdL zu einer Möglichkeit, die Reformbemühungen im anderen deutschen Staat zu unterstützen: DDR-Fernsehen ins Kabelnetz einspeisen.

Seite 4

Peter Conradi MdB zum Ärger mit den Parlaments-Neubauten: Bundestag und MARITIM.

Seite 5

44. Jahrgang / 213

6. November 1989

Vor einem Wettlauf der Abrüstung?

Zum revolutionären Abrüstungsprogramm des Bundesverteidigungsministers

Von Egon Bahr MdB
SPD-Präsidiumsmitglied

Ich möchte ein Vorurteil gegen die Politiker widerlegen. Danach sind sie unfähig oder zu feige, öffentlich ihre Meinung zu korrigieren. Ich gebe öffentlich zu, daß ich in Herrn Stoltenberg nie den Revolutionär gesehen habe, der er ist. Sein Vorschlag, die Bundeswehr auf 420.000 Soldaten zu verkleinern, ist keine Reform, sondern eine Revolution.

Bisher wurde verkündet, wir brauchen 495.000 Soldaten zu unserer Sicherheit wegen der Bedrohung, wegen unserer Verpflichtungen gegenüber der NATO; anders könnte die vereinbarte Strategie nicht mehr angewendet werden. Jetzt nehmen wir zur Kenntnis: 75.000 Mann weniger tun es auch. Die Strategie leidet nicht, unsere Sicherheit leidet nicht, die Bedrohung ist nicht so groß, die NATO wird nicht um Genehmigung gefragt. (Unter Wörner wäre das schwer vorstellbar gewesen.)

Aber die Revolution geht ja tiefer. Bisher wurden wir gewarnt, Aussichten schon für Realitäten zu halten. Wien könnte zwar zum Erfolg führen, aber sicher sei das nicht. Souverän hat sich der Bundesverteidigungsminister darüber hinweggesetzt und die Planung unserer Streitkräfte bereits auf ein Abrüstungsergebnis abgestellt, das es noch gar nicht gibt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfischer Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recyclingpapier



Doch damit noch nicht genug: In Wien wird nach dem Vorschlag von Präsident Bush nur über ein verringertes Gleichgewicht zwischen Amerikanern und Sowjets verhandelt, die „eingeborenen“ Streitkräfte, also die deutschen, sind zur Reduktion nicht vorgesehen. Als ich kürzlich mit dem Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Wien war, haben uns einige westliche Botschafter ziemlich klar auf diese Tatsache hingewiesen, als wir darauf aufmerksam machten, die Deutschen sollten ihren Anteil an der Abrüstung haben. Jetzt stelle ich dankbar fest, daß unser Mut durch den Verteidigungsminister übertroffen wird: er entscheidet am westlichen Handlungsmandat vorbei. Er überholt Wien.

Wie werden sich unsere Verbündeten freuen und vielleicht beeilen, dem deutschen Beispiel zu folgen. Der einseitigen Verringerung der Streitkräfte durch die Sowjets und ihrer Verbündeten folgt die Einseitigkeit durch die Deutschen und vielleicht bald auch der Amerikaner und anderer Stationierungskräfte. Sollte es gar zu einem Wettlauf der Abrüstung kommen, der Wien rechts liegen läßt und links überholt?

Nun muß man zugeben, daß es zwei entscheidende Faktoren für Stoltenbergs Entscheidungen gibt: Der Pillenknick und das Geld. Den Pillenknick kann er gar nicht reparieren und den Mangel an Geld wohl auch nicht. Wir sollten den ehemaligen Finanzminister nicht schelten, wenn er genau rechnet. Wir sollten ihn nicht, wie etwa Gorbatschow beschuldigen, er wolle gar nicht ehrlich abrüsten, sondern wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Er wolle nicht aus Überzeugung abrüsten, sondern nur wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten; denn in beiden Fällen zählen die Taten und nicht die Worte, und die Taten sind gut.

Die deutsche Öffentlichkeit kann lernen: das Geld ist so stark, besonders wenn es fehlt, daß NATO, Strategie, Bedrohung und Wien ihre Erstrangigkeit verlieren. Man könnte das das neue Stoltenberg-Syndrom nennen. Das werden wir uns merken. Die SPD hat ein solches revolutionäres Herangehen zur Sicherheitspartnerschaft immer gefordert. Aber warum bei 420.000 Mann stehenbleiben? Wir trauen uns zu, den Warschauer Vertrag zu weit einschneidenderen Reduktionen zu bringen. Wenn es nicht anders geht, auch durch das System gegenseitiger, einseitiger Vorleistungen.

(-/6.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Unmißverständliche Offenbarungen

Zur jüngsten Entwicklung in der DDR

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die jüngste Fernsehrede des SED-Chefs Krenz und die Massendemonstration in Ostberlin waren jeweils auf ihre Weise unmißverständliche Offenbarungen.

Wenn Krenz einerseits und die Demonstranten andererseits tatsächlich meinen, was sie sagen, dann können selbst die begnadetsten Interpretationskünstler in den beiden Teilen Deutschlands nicht einmal mehr den Hauch von Übereinstimmung zwischen SED-Führung und Volk herbeireden.

Wende hin und Reformen her - das Volk will freie Wahlen unter Beteiligung von unabhängigen und eigenständigen Parteien und die SED-Führung spricht von „Demokratisierung“, aber meint damit die Beibehaltung des Führungsanspruchs der kommunistischen SED.

Dies ist - auf den Punkt gebracht - der unversöhnliche Widerspruch zwischen Führung und Geführten in der DDR. An diesem Faktum sollte sich niemand vorbeilügen.

Der trickreiche Egon Krenz spricht zwar von der geplanten Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Verfassung achten soll, aber genau in dieser Verfassung ist das Führungsmonopol der SED definitiv festgeschrieben. Deshalb kann der erste Schritt zu tatsächlich freien Wahlen, wie sie das DDR-Volk fordert, nur die Änderung der Verfassung sein. Doch kein Wort darüber in der Krenz-Rede. Es ist geradezu ein Akt politischer Roßtäuscherei, wenn ein pseudodemokratisch angestrichener Verfassungsgerichtshof über eine das SED-Monopol sichernde Verfassung wachen soll.

Das vom neuen SED-Chef angekündigte Aktionsprogramm einschließlich der personellen Veränderungen im Politbüro wird letztlich nur die Bedeutung von „weißer Salbe“ haben, die man zur Beruhigung des Patienten zwar aufträgt, die aber keine heilende Wirkung hat. Der Demokratie-Begriff der SED und der der Demonstranten und ihrer Gruppen unterscheidet sich wie Tag und Nacht. Das gilt auch offenkundig für den Sozialismus-Begriff. Auch der Krenz-Riege wird es nicht gelingen können, Feuer und Wasser miteinander zu versöhnen. Deshalb wird sich die SED in echter Konkurrenz zu anderen Parteien dem Votum des Volkes stellen müssen - wie die Kommunisten in Polen und in Ungarn es tun.

So lange dies nicht geschieht, bleibt das Mißtrauen in der DDR-Bevölkerung gegenüber der SED bestehen und der Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik wird deshalb nicht versiegen.

Die immer beschwörender werdenden Bleibe-Appelle aus den politischen Führungsetagen in Ost und West werden ungehört verhallen. Niemanden darf es überraschen, daß der Wunsch nach individueller Gestaltung des eigenen Lebensschicksals nach 40jähriger politischer Repression inzwischen stärker als alle staatliche Raison geworden ist.

Es stellt sich deshalb die ernsthafte Frage, ob Deutsche (West) den Deutschen (Ost) die nun vielfach zu hörende kollektive Empfehlung glaubhaft vermitteln können, daß ihre Flucht in den demokratischen Teil Deutschlands weder von der DDR noch von der Bundesrepublik - wie man so sagt - „verkräftet“ werden können. Das sind angesichts der anhaltenden Massenflucht offensichtlich keine überzeugenden Argumente - und sie können es auch nicht sein - weil sich die aus leidvoller Erfahrung entstandene individuelle Kraft zur Flucht aus der Unfreiheit nicht von rationalen Überlegungen bändigen läßt. Die unwägbareren Risiken in der Freiheit scheinen bei den DDR-Flüchtlingsen leichter zu wiegen als die unsichere Haltung auf ein wie auch immer verändertes SED-System in der DDR.

(-/6.11.1989/vd-he/rs)

DDR-Fernsehen ins Kabelnetz einspeisen

Zu einer Möglichkeit, die Reformbemühungen im anderen deutschen Staat zu unterstützen

Von Prof. Dr. Friedhelm Farthmann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Die Fernsehprogramme der DDR sollen in das bundesdeutsche Kabelnetz eingespeist werden.

Die Medienpolitik in der DDR hat sich entscheidend geändert. Die Berichterstattung dort ist offener und selbstkritischer geworden. Das Programm ist auch nicht mehr nur durch gestanzte Formulierungen geprägt.

Die Veränderungen in der DDR sind plötzlich das spannendste politische Thema in Europa geworden. Das läßt auch das Interesse an mehr Information aus diesem deutschen Staat hier bei uns größer werden.

Die Möglichkeit, DDR-Fernsehen in jedem nordrhein-westfälischen Haushalt zu empfangen, brächte die Deutschen in Ost und West einander näher. Dies kann unser Beitrag zur Unterstützung der dortigen Reformbemühungen sein. Zudem würde dies die Untrennbarkeit der deutschen Kultur unterstreichen.

Nicht nur die technischen, sondern mit dem Landesrundfunkgesetz sind auch die rechtlichen Voraussetzungen gegeben. Entscheidend ist die Bereitschaft und das Interesse der DDR für diesen Vorstoß. An den Kosten, die der Bundespost bei der Einspeisung des DDR-Programms ins Kabelnetz entstünden, darf das Projekt jedenfalls nicht scheitern. Denn schon heute konnten rund 20 Prozent der Bürger Nordrhein-Westfalens im ostwestfälischen Raum das DDR-Fernsehen über Antenne und Kabel empfangen.

(-/6.11.1989/rs/fr)

* * *

Bundestag und MARITIM

Zum Ärger mit den Parlaments-Neubauten

Von Peter Conrad MdB
Mitglied des Ältestenrates des Deutschen Bundestages

In den letzten Wochen werde ich im Bundestag immer wieder auf eine Baustelle in der Nähe angesprochen: An der B 9 entsteht zur Zeit das Hotel- und Kongreßzentrum MARITIM. Der Bau geht in Windeseile voran, schon werden die Einladungen für die große Silvester-Party verschickt. „Warum geht das dort so flott und beim Bundestags-Plenarsaal so zäh?“ fragen Abgeordnete und Journalisten. Böse Zungen lästern schon, der neue Plenarsaal werde wohl erst nach der Wiedervereinigung fertig. Na, dann bekommt die Uni Bonn wenigstens einen tollen Hörsaal. Aber wer reist dann noch nach Bonn und übernachtet im MARITIM?

Im Ernst:

1. Es gibt viele Hotels, ein neues Hotel zu planen und zu bauen ist nicht schwer. Einen guten Bundestagsplenarsaal für 518 Abgeordnete gibt es noch nicht. Deshalb ist diese Planung schwieriger.
2. Der neue Bundestags-Plenarsaal wird nicht wie der Hotelkomplex auf der grünen Wiese geplant und gebaut, sondern muß zwischen die alte Pädagogische Akademie und die Anbauten der fünfziger Jahre eingefügt werden.
3. Beim MARITIM gibt es einen Bauherrn, der weiß, was er will: schnell bauen und gut verdienen. Beim Bundestag gibt es

— den rechtlichen Bauherrn:

- die Bundesregierung, vertreten durch
- die Bundesbauministerin Bonn, diese vertreten durch
- die Bundesbaudirektion in Berlin, vertreten durch
- die örtliche Baudienststelle in Bonn.

— den Bundestag, den die Öffentlichkeit irrtümlicherweise für den Bauherrn hält, insbesondere

- die Frau Bundestagspräsidentin,
- das Bundestagspräsidium,
- den Ältestenrat,
- das Bauberatungsgremium der Präsidentin,
- den Haushaltsausschuß,
- die Bundestagsverwaltung, sowie
- 519 Bundestagsabgeordnete;

- den Bundesrechnungshof,
- die Stadt Bonn,
- den Regierungspräsidenten in Köln,
- das Landesdenkmalamt,
- die Landesregierung in Düsseldorf.

Wen habe ich vergessen? Den Bund der Steuerzahler!

Die Architekten und die Baufirmen beim MARITIM müssen

- das BGB,
- das StGB,
- den Bebauungsplan und
- die Landesbauordnung NRW

beachten.

Wer für den Bundestag plant und baut, muß außerdem

- die Bundeshaushaltsordnung,
- die Richtlinien für Bauvorhaben des Bundes (RBBau),
- die VOB und VOL,
- nicht zuletzt die EG-Richtlinien

beachten.

Mein Fazit:

Der öffentliche Bauherr hat so viele Bleigewichte an den Füßen und wirft sich selbst so viele Knüppel zwischen die Beine, daß er bei weitem nicht so schnell und effizient planen und bauen kann wie der private Bauherr. Bei den Bundestagsneubauten wird dieses Handicap verstärkt, weil es kein effizientes Management für das Projekt gibt. Kein Unternehmen könnte es sich leisten, Projekte im Umfang von rund einer Milliarde DM (Plenarsaal und Abgeordnetenhaus) ohne ein effizientes Management zu bauen. Die Art und Weise, wie Bauministerium und Bundesbaudirektion, Parlament und Ältestenrat und Haushaltsausschuß dieses Projekt planen und bauen, ist milde gesagt, unzureichend.

Nun kommen die ewigen Privatisierer und sagen „wir haben's ja schon immer gesagt, die Demokratie ist als Bauherr unfähig; löst die staatliche Bauverwaltung auf und überträgt das einem privaten Investor mit 20 Prozent Sonderabschreibung von Frau Hasselfeldt und ruck zuck habt Ihr Euren Neubau.“

Gemach - Freunde! Am Schluß zählt nicht nur die Bauzeit und das Geld, am Schluß zählt auch die Architektur. Und da hoffe ich, daß die Bundestagsbauten von Behnisch und Schürmann in ihrer architektonischen Qualität gegenüber dem MARITIM bestehen werden. (-/6.11.1989/vo-he/rs)

* * *